

Grenzübergreifende Zusammenarbeit – Good Practice
für den Metropolitanraum Zürich

ÖkoBeschaffungsService Vorarlberg

Nachhaltige Beschaffung im Gemeindeverbund

Ausgangslage

Die 96 Gemeinden des österreichischen Bundeslandes Vorarlberg (insgesamt 380'000 Einwohner) haben 1992 einen Gemeindeverband für Abfallwirtschaft und Umweltschutz (Umweltverband Vorarlberg) gegründet. Primäre Aufgabe des Verbandes ist es, die Abfallagenden für die Mitgliedsgemeinden zu koordinieren und zu regeln. 1997 wurde in einer politischen Klausur beschlossen, sich nicht nur «end of pipe»-Themen zu widmen. Es sollte im eigenen Wirkungsbereich so beschafft werden, dass möglichst wenig Abfall entsteht. Dies war die Geburtsstunde der ökologischen Beschaffung beim Umweltverband: Es wurden Kriterienkataloge für eine nachhaltige Beschaffung im Büro und Bau entwickelt und herausgegeben.

Lösungsansatz und Umsetzung

Der Umweltverband ist im Jahr 1999 davon ausgegangen, dass mit der Entwicklung und Herausgabe der Ökoleitfäden Büro und Bau alle Mitgliedsgemeinden ein Handwerkszeug für eine nachhaltige Beschaffung haben. Insbesondere Kleingemeinden fühlten sich bei der Implementierung von ökologischen Aspekten in das Beschaffungswesen allerdings überfordert. Sie forderten, dass der Umweltverband Ausschreibungen unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte in ihrem Auftrag durchführt und Verträge abschliesst, die dann die Gemeinden nutzen können. Der Umweltverband prüfte eine mögliche Umsetzung und wurde 2002 mit dem ÖkoBeschaffungsService Vorarlberg (ÖBS), einer gemeinsamen Beschaffungsplattform, aktiv: Gemeinden oder öffentliche Auftraggeber in Vorarlberg beauftragen dabei in einem ersten Schritt den Umweltverband zur Ausschreibung von standardisierten Produkten. Gemeinsam mit einem produktgruppenspezifischen Expertenteam werden die Ausschreibungsunterlagen entwickelt und das Vergabeverfahren abgewickelt. Der Umweltverband schließt mit dem Bestbieter einen Vertrag ab, der dann von allen öffentlichen Auftraggebern in Vorarlberg genutzt werden kann. Die Ergebnisse werden im ÖBS-Shop abgebildet. Im kommunalen Hochbau werden Gemeinden bei der Festlegung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsaspekten im gesamten Prozess vom Vorentwurf

bis zur Fertigstellung individuell begleitet. Darüberhinaus werden Gemeinden bei Einzelvergaben auch bei vergaberechtlichen Fragestellungen unterstützt.

Kritische Punkte

Anfangs gab es Widerstand gegen den ÖBS: Die Politik befürchtete, dass bei der Einführung einer zentralen Beschaffung Kompetenzen an eine «übergeordnete Stelle» abgegeben werden. Die Interessenvertretung der Wirtschaft befürchtete, dass Aufträge aufgrund des grösseren Beschaffungsvolumens nicht von regionalen Anbietern erbracht werden können. Zudem wurde die Frage gestellt, ob sich die Kommunen eine nachhaltige Beschaffung überhaupt leisten können.

Erfolgsfaktoren

- Wichtig beim ÖBS ist der partizipative Ansatz: Die Hauptbedarfsträger werden in die Erstellung der Ausschreibungsunterlagen eingebunden. Eine Teilnahme am ÖBS ist grundsätzlich bei jeder Produktgruppe freiwillig.
- Bei der Gestaltung der Ausschreibungsunterlagen werden konsequent die Ziele Ökologie, Ökonomie, Vergaberichtssicherheit und regionale Wertschöpfung verfolgt.

Handlungsempfehlung

Für eine erfolgreiche Umsetzung einer regionalen Beschaffungsplattform erscheint es wichtig, eine geeignete externe Einrichtung zu finden, die einen Bezug zu Gemeinden hat und zu der bereits ein Vertrauensverhältnis gegeben ist. Wichtig ist weiter die Einbindung der Hauptbedarfsträger in den Beschaffungsprozess. Ziel sollte es sein, eine nachhaltige Beschaffung für die teilnehmenden Kommunen einfacher als eine konventionelle zu machen.

Kontakt für Rückfragen

Dietmar Lenz, Umweltverband Vorarlberg,
ÖkoBeschaffungsService (ÖBS),
d.lenz@gemeindehaus.at, +43 5572-55450-1014

Grenzübergreifende Zusammenarbeit – Good Practice
für den Metropolitanraum Zürich

Masterplan Raum Uster-Volketswil

Wachstum einen Rahmen geben

Ausgangslage und Auftrag

Das Hauptaugenmerk der räumlichen Entwicklung im Kanton Zürich gilt den urbanen Räumen. Mindestens 80 Prozent des künftigen Bevölkerungswachstums sollen sie aufnehmen. Der Raum Uster-Volketswil, entlang der vielbefahrenen S-Bahnstrecke Zürich-Rapperswil, gehört dabei zu den Schlüsselgebieten der Zürcher Raumentwicklung.

Im Rahmen einer Gebietsplanung sollte geklärt werden, welche Potenziale für Bevölkerung und Beschäftigte bestehen, wie die Siedlungsentwicklung über die Gemeinde- und Regionsgrenze hinweg koordiniert werden kann und wie die Abstimmung mit der übergeordneten Verkehrsplanung erfolgen soll.

Lösungsansatz und Umsetzung

Die Gebietsplanung wurde unter Federführung des Amts für Raumentwicklung und in Zusammenarbeit mit dem Amt für Verkehr, den Regionen Glattal und Oberland sowie den betroffenen Gemeinden, dem Zürcher Verkehrsverbund und den zuständigen Verkehrsbetrieben durchgeführt. Untersucht wurde insbesondere, welche Bereiche innerhalb des bestehenden Siedlungsgebiets sich für eine Erhöhung der Dichte eignen. Um eine stimmige Entwicklungsstrategie zu formulieren, wurden auch Gebiete diskutiert, die sich ergänzend für Neueinzonungen anbieten würden.

Der nun vorliegende Masterplan zeigt anhand eines Zukunftsbildes auf, wie sich Siedlung, Landschaft und Verkehr in den nächsten gut 30 Jahren entwickeln sollen. Er umschreibt die Anforderungen an eine zukünftige Bebauung, Nutzung, Erschliessung und Etappierung. Weiter enthält er konkrete Umsetzungsmassnahmen, die sowohl auf der Stufe Richt- und Nutzungsplanung als auch im Rahmen konkreter Projekte (z.B. im Bereich Verkehr) von verschiedenen Akteuren anzugehen sein werden. Bezüglich der übergeordneten Verkehrsplanung hat sich bestätigt, dass die S-Bahn

gerade in diesem Raum als Rückgrat der Siedlungsentwicklung anzusehen ist. Die Einzugsgebiete der Bahnhöfe sind für eine Nutzungsintensivierung sowie eine Erhöhung der Dichte hervorragend geeignet. Die Machbarkeit und städtebauliche Verträglichkeit einer deutlich höheren Dichte werden im Rahmen von Pilotprojekten weiter zu vertiefen sein. Ergänzend dazu sollen zwei Achsen des öffentlichen Verkehrs vom Bahnhof Schwerzenbach nach Greifensee und nach Volketswil für die Erschliessung des Entwicklungsgebietes gesichert werden. Auf diesen Achsen soll nach einem Busvorlauf auch eine Stadtbahn ohne weitere Beeinträchtigung des Strassenraums verwirklicht werden können, sofern der Bedarf dazu ausgewiesen sein sollte.

Kritische Punkte

- Änderungen der politischen Grosswetterlage im Verlaufe der Gebietsplanung (Kulturlandinitiative, neues RPG)
- Langfristiger Zeithorizont vs. Legislaturdenken
- Fachverstand und Erfahrung betreffend Innenentwicklung auf allen Ebenen

Erfolgsfaktoren und Handlungsempfehlung

- Beteiligungen klären: Einbezug aller relevanten Instanzen und Akteure auf verschiedenen Ebenen
- Prozess gestalten: Aufgaben teilen, Kompetenzen klären, Ansprechpartner definieren, Prozess begleiten und moderieren, Entscheidungshoheit festlegen, Transparenz wahren
- Verbindlichkeit schaffen durch eine von allen Projektpartnern unterzeichnete Absichtserklärung

Kontakt für Rückfragen

Sacha Peter, Leiter Abteilung Raumplanung, Amt für Raumentwicklung Kanton Zürich, sacha.peter@bd.zh.ch, 043 259 30 22

Grenzübergreifende Zusammenarbeit – Good Practice
für den Metropolitanraum Zürich

Landschaftsspanne Sulperg-Rüsler

Vier Gemeinden – Ein Landschaftspark

Ausgangslage

Die Siedlungsdynamik im Limmattal erhöht den Druck auf die umliegende Landschaft sowie die Nutzungsanforderungen an diese als Natur- und Naherholungsraum. Zur Sicherung und Aufwertung des Landschaftsraums in der Agglomeration haben die Kantone Zürich und Aargau zusammen mit den zuständigen Regionalplanungsverbänden und Gemeinden das kantonsübergreifende Freiraumkonzept Agglomerationspark Limmattal erarbeitet. Wesentliches Element des Agglomerationsparks Limmattal sind die darin bezeichneten Landschaftsspannen. Zur Sicherstellung der Entwicklung der Landschaftsspanne Sulperg-Rüsler wurde der regionale Sachplan Landschaftsspanne Sulperg-Rüsler als eines von zwei Initialprojekten dieses kantonsübergreifenden Konzepts erarbeitet.

Lösungsansatz und Umsetzung

Die Gemeinden Neuenhof, Wettingen, Killwangen und Würenlos sind bestrebt, gemeinsam den Landschafts- und Naherholungsraum «Landschaftsspanne Sulperg-Rüsler» – heutiger Siedlungstrenngürtel – zu sichern und im Sinne eines Landschaftsparks aufzuwerten und weiterzuentwickeln. Um diese Entwicklung behördenverbindlich sicherzustellen, haben die Gemeinden in Zusammenarbeit mit Baden Regio und mit Unterstützung des Kantons einen regionalen Sachplan gemäss § 12a BauG erarbeitet. Grundlage des regionalen Sachplans bildet die im Rahmen eines Entwicklungskonzepts entwickelte Vision der Landschaftsspanne Sulperg-Rüsler. Diese Vision bildet den groben anzustrebenden landschaftlichen Zustand ab und bietet eine erste Vorstellung dessen, welche Möglichkeiten auf dem Gelände geschaffen werden können (Nutzungs- und Gestaltungsqualitäten). Die Umsetzung des regionalen Sachplans Sulperg-Rüsler erfolgt über gemeindeübergreifende Projekte. Dazu wurde ein gemeinsames Arbeitsprogramm erarbeitet, welches die Prioritäten, Zuständigkeiten und Zeiträume für die Umsetzung der Massnahmen aufzeigt.

Kritische Punkte

- Überwinden der politischen Grenzen (vier Gemeinden).
- Denken und Handeln im funktionalen Raum.
- Schaffung verbindlicher rechtlicher Rahmenbedingungen über die Gemeindegrenze hinaus.
- Sicherstellung der langfristigen Umsetzung und Finanzierung vor dem Hintergrund der Gemeindeautonomie.
- Gemeindeautonomie steht über regionalem Sachplan.
- Umsetzung bedarf Zustimmung sowie Finanzierung aller vier Gemeinden.
- Finanzierung setzt Zustimmung der Gemeinden (u.a. Gemeindeversammlung) voraus.
- Territorialprinzip versus regionale Vision.

Erfolgsfaktoren

- Schaffung einer Vision, die von allen vier Gemeinden und der Region getragen wird.
- Etablierung einer ständigen Kommission zur Sicherstellung der Umsetzung (Arbeitsgruppe bestehend aus Gemeindevertretern, Vertreter Baden Regio und externen Fachleuten).
- Erarbeitung eines Arbeitsprogramms als Grundlage für die Umsetzung und Öffnung eines gemeinsamen Fonds.

Handlungsempfehlung

- Gemeinsame Zielvorstellung entwickeln.
- Commitment schaffen, dieses Ziel gemeinsam zu erreichen.
- Finanzierung klären, ggf. gemeinsamen Fonds öffnen.
- Verbindliche Grundlagen für die Umsetzung schaffen.

Kontakt für Rückfragen

Dr. Markus Dieth, GA Wettingen, Präsident Baden Regio, markus.dieth@wettingen.ch, 056 437 72 00
Dunja Kovári, Planungsleiterin Baden Regio, dunja.kovari@sapartners.ch, 044 515 25 20